

FRANK JERMANN
ZUM AHL 1
63633 BIRSTEIN, OT VÖLZBERG

Offener Brief an die Bundestagsabgeordneten

Sehr geehrte Bundestagsabgeordnete,

ich habe mich noch nie persönlich an Sie gewendet. Heute allerdings habe ich ein Anliegen, das weder Aufschub noch Zurückhaltung duldet. Es geht um Spekulation mit Nahrungsmitteln, um Menschenrechte, um Politikverständnis und um: Sie.

Ja, es sind mehr als nur ein paar Zeilen, die ich Sie bitte zu lesen. Die Zeit, die Zeit! Ich weiß — aber ich denke, es ist *höchste* Zeit, dass wir miteinander reden. Warum, das werden Sie erkennen. Doch der Reihe nach:

Spekulation mit Nahrungsmitteln

Immer noch ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln in unserem Land offiziell legal. In den letzten Monaten gab es zwar verschiedene Anträge im Bundestag zu dem Thema, aber es war so wie immer: Sämtliche Anträge der Opposition wurden abgelehnt.

Der anhängige Antrag aus den Reihen der Regierungsfractionen ist eher zurückhaltend und verweist relativ unverbindlich auf die europäische Ebene. Eine umgehende Klärung derart, dass Spekulation mit Nahrungsmitteln in unserem Land auch nur eingedämmt wird, ist nicht zu erwarten.

Meine Damen und Herren, ich verstehe das nicht. Die Folgen dieser Spekulation muss ich Ihnen nicht erläutern. Sie *wissen*, dass diese „Finanzprodukte“ Hunger und Tod in die Welt bringen, dass wenige Menschen profitieren — auf Kosten der Ärmsten.

Warum darf in unserem Land trotzdem nach wie vor mit Nahrungsmitteln spekuliert werden?



Occupy:Occupy

Völzberg, 7. Juni 2012

Kontakt

Occupy:Occupy
Frank Jermann
Zum Ahl 1
63633 Birstein,
OT Völzberg

Telefon

0 66 68 - 91 99 380

eMail

info@occupy-occupy.de

Web

occupy-occupy.de

Menschenrechte

Sie wissen ebenfalls, liebe Bundestagsabgeordnete, dass die Bundesrepublik im Jahr 1973 den *Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (UN-Sozialpakt) ratifiziert hat. Darin verpflichtet sich die Bundesrepublik Deutschland, das „grundlegende Recht eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein“ zu respektieren. Es handelt sich bei dieser Regelung um ein Menschenrecht.

Durch den Handel mit „Finanzprodukten“, die auf Spekulation mit Nahrungsmitteln basieren, wird in unserem Land täglich gegen den UN-Sozialpakt verstoßen. Auch das wissen Sie.

Keine politische Partei, kein Politiker sieht nach meiner Wahrnehmung die Nahrungsmittelspekulation heute gelassen oder verharmlost deren Auswirkungen über Gebühr. Wir sind uns also im Großen und Ganzen einig: Spekulation mit Nahrungsmitteln gehört zumindest eingedämmt, denn sie ist mitverantwortlich für gestiegene Nahrungsmittelpreise und somit den Hunger auf der Erde. Prima: Konsens!

Warum sehe ich dann keine Ergebnisse? Aus welchem Grund wird es in unserem Land trotzdem toleriert, dass täglich gegen Menschenrechte verstoßen wird?

Sie

Im Rahmen der Petition gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln haben wir von Occupy:Occupy 50 Parteiorganisationen und Bundespolitiker zu diesem Thema angefragt. Gerade mal zwölf haben geantwortet. Können Sie mir das erklären?

Möglicherweise liegt hier der Knackpunkt: Sie und ich haben ein unterschiedliches Verständnis von dem, was getan werden muss. Also muss ich den Punkt erweitern auf:

Sie und ich — unterschiedliches Politikverständnis?

Lassen Sie mich die Situation einmal von einer anderen Seite her angehen:

Sie sind meine Vertreter. Sie wollen und sollen sich um all die Dinge kümmern, zu denen ich in *meinem* Leben nicht komme. Nun, ich verstehe gerne, wie das genau ist mit der Sozialversicherung, den Renten, den Steuern, dem Straßenbau, den Krippenplätzen, der Lage in Syrien und all den anderen Dingen, mit denen Sie sich täglich beschäftigen.

Aber, wissen Sie: Ich *kann* das nicht alles bewältigen, denn ich muss mich um meinen Lebensunterhalt kümmern. Da bleibt einfach nicht genug Zeit, um diese vielen Themen zu verstehen.

Aus diesem Grund finde ich es eine gute Sache, dass wir Volksvertreter wählen, die sich in die Materie einarbeiten, die anstehenden Aufgaben erledigen, um das Beste für unser Gemeinwesen zu erreichen. Sie sind einer dieser Volksvertreter und nicht nur ich hoffe, dass Sie Ihre Arbeit bestmöglich erledigen.

Unsere Gesellschaft stellt Ihnen enorme Mittel zur Verfügung, damit Sie diese Aufgaben inhaltlich und formal meistern können. Sie selbst sind zudem finanziell recht gut abgesichert: Sie erhalten ganz ordentliche Bezüge und über Ihre Altersvorsorge müssen Sie sich im Regelfall weit weniger Sorgen machen als ich.

Ich finde, dass diese Aufgabenteilung eine gute Idee ist. Ich meine sogar, dass sie eine ausgezeichnete Grundlage ist, damit Sie Ihre Arbeit zumindest befriedigend erledigen können, oder sehen Sie das anders?

Irgendwie fühle ich mich bei all dem auch als Ihr Arbeitgeber, denn als Wähler habe ich Sie beauftragt, quasi eingestellt, als Steuerzahler Sorge ich für die finanzielle Grundlage Ihrer Arbeit. Ich sehe mich also auch in der Verantwortung dafür, dass Sie Ihre Arbeit gut machen. Ich nehme an, das können Sie akzeptieren.

Meine Einschätzung

Nun habe ich in den letzten Monaten zumindest im Bereich der Spekulation mit Nahrungsmitteln nicht das Gefühl, dass Sie Ihre Arbeit ordnungsgemäß erledigen.

Ich sehe keine Taten, meine verehrten Volksvertreter. Ich sehe Verweise auf die europäische Ebene, ich sehe Fingerzeige auf den politischen Gegner, der nicht mitspielt. Ich sehe, dass der andauernde Verstoß gegen Menschenrechte weitgehend hingenommen wird.

Ich sehe keinen *echten* Willen, dieses Thema schnell und vernünftig im Sinne Ihrer Auftraggeber – dem Souverän – zu regeln.

Ihr Auftrag

Laut einer Forsa-Umfrage vom November 2011 lehnen 84 % der Bundesbürger Spekulation mit Nahrungsmitteln ab. Ist es eine falsche Wahrnehmung, wenn ich darin einen Auftrag an den Bundestag sehe? Nehme ich da etwas verkehrt wahr?

Wie, verehrte Volksvertreter, können Sie es zulassen, dass die Menschenrechte durch unser Land verletzt werden? Wie, verehrte Volksvertreter, können Sie es zulassen, dass aufgrund von Finanzprodukten, die in unserem Land auch von deutschen Unternehmen angeboten werden, Menschen hungern? Wie können Sie die Meinung von 84 % Ihrer

Auftraggeber ignorieren? Was ist Ihre Erklärung dafür?

Sie können nicht anders? Ihnen sind die Hände gebunden? Die Entscheidungen werden ganz woanders gefällt? Sie sind ja nur in der Opposition? Diese „Erklärungen“ höre und lese ich immer wieder. Wissen Sie: Ich glaube das nicht.

Ich habe Sie beauftragt, die Geschicke unserer Gemeinschaft zu lenken. Ich, als Ihr Auftraggeber, halte es für unerträglich,

- dass aus unserem Land heraus durch Spekulation mit Nahrungsmitteln Hunger und Tod verbreitet werden,
- dass Sie es zulassen, dass aus unserem Land heraus das Menschenrecht auf Nahrung verletzt wird und
- dass Sie in dieser Frage weitgehend untätig sind.

Speziell Sie, die **Mitglieder der gewählten Regierung**, sind verantwortlich dafür,

- dass der Missbrauch wirtschaftlicher Macht zu Lasten der Ärmsten nicht eingedämmt wird und
- dass in unserem Land wissentlich und folgenlos gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen wird.

Und Sie, die **Mitglieder der Opposition**, sind verantwortlich dafür, dass

- dieses Thema nicht massiv in die Medien getragen wird und
- Sie der Regierung diese Untätigkeit durchgehen lassen.

Jede Fangruppe eines Fußballvereins hat mehr Phantasie als Sie, liebe Opposition, wenn es darum geht, die mangelhaften Leistungen ihrer Kicker anzuprangern. Kupfern Sie doch einfach ab, wenn Ihnen nichts besseres einfällt:

Drehen Sie der Regierungsbank für die ersten zehn Minuten einer Sitzung demonstrativ den Rücken zu (so Sie denn anwesend sind). Bleiben Sie die ersten zehn Minuten vor dem Bundestag und informieren Sie die Presse darüber, was die Menschenrechte der Regierung unserer Republik wert sind.

Es reicht nicht, wenn einzelne Politiker aufstehen und einen untragbaren Sachverhalt beklagen. Zeigen Sie Profil, gemeinsam! Nutzen Sie die Macht, die Ihnen verliehen wurde!

Und ich?

Ich als Wähler habe nur geringe Einflussmöglichkeiten auf Ihr Tun. Ich möchte trotzdem auf den hier dargelegten Missstand hinweisen, denn es geht dabei nicht um eine Nebensache, sondern um eine unerträgliche, lebensbedrohende Praxis, die Sie zulassen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass ich mich schäme, in einem Land zu leben, in dem es so viel Überfluss gibt – aber keine verantwortungsvolle Regierung, die den hier geschilderten und weitgehend unstrittigen Missbrauch wirtschaftlicher Macht eindämmen will.

Ich schäme mich für unser gesamtes Parlament. Sie haben alle Mittel, um etwas zu bewirken, um die Spekulation mit Nahrungsmitteln und die davon ausgehenden Menschenrechtsverletzungen zu beenden.

Wenn Sie das anders sehen, dann treten Sie zurück – denn in diesem Fall ist unser Pakt hinfällig: Die Mittel, die wir Bürger aufbringen, damit Sie unser Haus in Ordnung halten, sind dann in den falschen Händen.

Was also tun?

Ich werde am 29. Juni 2012 um 14 Uhr vor dem Reichstagsgebäude auf dem Platz der Republik sein. Dort möchte ich Ihnen mehr als 25.000 Unterschriften von Menschen übergeben, die Spekulation mit Nahrungsmitteln ablehnen. Diese Unterschriften werde ich bis dahin in einem Hungermarsch nach Berlin getragen haben.

Was *Sie* in dieser Sache tun werden, hängt bis zur nächsten Wahl natürlich von Ihnen ab. Vielleicht konnte ich Ihnen mit diesem Brief aber einen Denkanstoß geben?

Mit freundlichem Gruß

Frank Jermann, Vözlberg

Über den Hungermarsch

Details auf der Webseite von Occupy:Occupy
<http://occupy-occupy.de/hungermarsch/>

Über die Petition

Occupy:Occupy und die *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung* (KAB) haben fast zeitgleich zwei Petitionen gegen Spekulation mit Nahrungsmitteln hervorgebracht. Da diese Petitionen inhaltlich identische Forderungen stellen, habe die Organisationen frühzeitig ein gemeinsames Vorgehen und eine Partnerschaft beschlossen.

In der dreimonatigen Laufzeit haben mehr als 12.000 Menschen die Petition aus dem Occupy-Umfeld unterzeichnet. Noch mehr Unterschriften konnte die KAB sammeln. Bis zum 15. Juni werden wir also mehr als 25.000 Unterschriften gesammelt haben.

Petition von O:O

<http://occupy-occupy.de/die-petition/>

Petitionsseite der KAB

<http://www.kab-bamberg.de/kab/lebensmittelspekulation.html>

Über Occupy:Occupy

Die im Internet vernetzte Gruppe *Occupy:Occupy* ist eine Privatinitiative. Sie vereint Menschen aus der ganzen Bundesrepublik. Die Gruppe ist politisch unabhängig. Sie finanziert sich selbst und wird nicht durch eine Partei oder eine durch Parteien gestützte Organisation finanziell unterstützt. Spenden werden weder gesammelt noch akzeptiert.

Im Internet ist die Gruppe mit einem eigenen Web-Auftritt zu finden: <http://occupy-occupy.de/>